

Medienkonferenz

Strategien gegen die Erwerbslosigkeit Jugendlicher im Kanton Basel-Landschaft

Donnerstag, 8. Februar 2007, 10.30 Uhr, Regierungsgebäude

## **Referat von Regierungsrat Adrian Ballmer, Finanz- und Kirchendirektion**

Begrüssung

Vorstellung der Teilnehmenden:

- Regierungspräsident **Urs Wüthrich-Pelloli**, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion,
- **Rudolf Schaffner**, Vorsteher des Kantonalen Sozialamtes (KSA) und Leiter der Arbeitsgruppe "Jugendliche Arbeitslose"
- **Thomas Keller**, Vorsteher des Kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA),
- **Christian Studer**, Leiter des Amtes für Volksschulen (AVS),
- **Niklaus Gruntz**, Leiter des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB).

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und gerade auch in unserer Region ist erfreulich: Das Bruttoinlandprodukt steigt, die Exporte boomen und die Teuerung bleibt auf einem akzeptablen Niveau. Es geht uns also gut. Nichtsdestotrotz bleibt die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer. Und zunehmend sorgen sich auch Personen der Mittelschicht um ihre ökonomische Situation. Dies geht aus dem **Sorgenbarometer** des GfS-Forschungsinstitutes hervor, das jeweils zum Jahreswechsel veröffentlicht wird.

Trotz wirtschaftlich "rosigen" Zeiten hat der Baselbieter Regierungsrat das Thema **Arbeitslosigkeit** nicht aus den Augen verloren. Dem Regierungsrat ist insbesondere nicht entgangen, dass in den letzten Jahren eine zunehmende Zahl von **Jugendlichen** Schwierigkeiten bei der Integration in den Berufs- oder Arbeitsmarkt hatte. Für Schulabgehende, vor allem für leistungsschwache, wird es immer schwieriger, einen schulischen oder beruflichen Ausbildungsplatz zu finden. Dazu

kommt jedoch auch eine nicht geringe Anzahl Jugendlicher, die unmotiviert sind. Die Analyse zeigt, dass gesamthaft 70 bis 100 Jugendliche pro Jahrgang vor und nach dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit scheitern resp. stark gefährdet sind, zu dauerhaften "Kundinnen" und "Kunden" der verschiedenen sozialen Auffangsysteme zu werden. Dies sind rund 2.5 bis 3.5 Prozent der Schulabgehenden eines Jahrgangs.

Aufgrund dieser "Anamnese" hat der Regierungsrat im Juni 2006 eine **direktionsübergreifende Arbeitsgruppe** eingesetzt mit dem Hauptziel, eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten, wie künftig von Erwerbslosigkeit bedrohte oder betroffene Jugendliche nachhaltig betreut werden können - trotz zahlreicher Schnittstellen der involvierten Institutionen.

Die Arbeitsgruppe übergreift **drei Direktionen** - VSD, BKSD und FKD - und **vier Dienststellen** - KIGA (Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit), AVS (Amt für Volksschulen), AfBB (Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) und KSA (Kantonales Sozialamt). Die genaue Zusammensetzung der Arbeitsgruppe können Sie der **Folie 2** entnehmen. Dort sehen Sie auch, dass die Arbeitsgruppe vom externen Experten **Marcel Egger** von der Firma **Egger, Dreher & Partner AG, Bern**, begleitet wurde.

Warum führt die Finanz- und Kirchendirektion (FKD) bzw. das Kantonale Sozialamt (KSA) die Feder? Weil die Sozialhilfe das letzte Glied in der Kette ist, hat der KSA-Leiter seinerzeit die Initiative zur Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) ergriffen. Als letztes Auffangnetz trägt die Sozialhilfe die langfristigen und hohen Kosten. Wenn wir von der groben Schätzung ausgehen, dass Taggeldbeziehende der Arbeitslosenversicherung bzw. Sozialhilfebeziehende jährlich Leistungen von durchschnittlich 25'000 bis 35'000 Franken erhalten, dann stellen Jugendliche, die bereits am Ende der obligatorischen Schulzeit aus dem Berufsleben herausfallen, für den Staat und die Gesellschaft ein hohes finanzielles Risiko dar. Im Extremfall droht bei diesen Personen, dass sie bis zum Erreichen des AHV-Alters über 40 Jahre lang Leistungen der sozialen Auffangsysteme beziehen. Ganz abgesehen von den grossen persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Problemen, die solche Fälle bergen.

Der Regierungsrat hat am 30. Januar 2007 dem Bericht der Arbeitsgruppe zugestimmt. Heute stellt Ihnen die Arbeitsgruppe im Rahmen dieser Medienkonferenz die Strategie näher vor. Die Strategie hält fest, dass der Staat nach der obligatorischen Schulzeit für die weiter führende Bildung der Jugendlichen mitverantwortlich ist. Die mit der Strategie neu verfolgte "Philosophie" schliesst ein, dass der Staat auch bei jenen Jugendlichen, die selbst kein Interesse an einem Abschluss haben, alles unternimmt - also aktiv handelt - damit diese dennoch einen entsprechenden Abschluss erreichen. Dabei werden nicht nur die Interessen der Jugendlichen, sondern auch diejenigen der Solidargemeinschaft bezüglich der Abwendung hoher finanzieller Risiken berücksichtigt.

Für die Umsetzung der Strategie sind Massnahmen in **fünf Handlungsfeldern** nötig. Und es gibt **drei Kategorien von Massnahmen** (Folien 3 und 4). Die Einzelheiten erläutern Ihnen die nachfolgenden Referenten.

Lassen Sie mich noch einen Vergleich mit der Strategie der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ziehen, die Anfang Januar 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Der Kanton Basel-Landschaft ist bewusst einen anderen Weg gegangen und hat ein spezifisches **Baselbieter Modell** entwickelt. Unsere Strategie enthält keine obligatorische Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr für den Staat, und unser Konzept sieht auch nicht vor, dass der Staat Lehrstellen für alle garantieren soll.

Doch gehen wir der Reihe nach: (Folien 5 und 6) **Rudolf Schaffner** (KSA) schildert Ihnen die Ausgangslage, die Ziele und das Vorgehen. **Thomas Keller** (KIGA) befasst sich mit der bisherigen Koordination zwischen den Ämtern. **Christian Studer** (AVS) geht den Fragen nach, was bisher auf der Volksschulstufe getan wurde und was in Zukunft getan werden soll. **Niklaus Gruntz** (AfBB) deckt die gleichen Fragestellungen für den Bereich Berufsbildung ab. Regierungspräsident **Urs Wüthrich-Pelloli** würdigt die Strategie und die vorgeschlagenen Massnahmen aus der Sicht der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. Schliesslich bleibt noch Zeit für Fragen oder ergänzende Ausführungen. Ich übergebe das Wort nun an Rudolf Schaffner, den Leiter der Arbeitsgruppe.